

Osama, Obama and Chelsea's Mama: Eine USA-Wahlnachlese unter religiöser Perspektive*

Erich Geldbach

1. Einleitung

Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass die amerikanischen Wähler mit der Wiederwahl von George W. Bush sich selbst und der Welt einen sehr großen Schaden zugefügt haben. Nach einer Meinungsumfrage unter den amerikanischen Professoren für Geschichte rangiert Bush bei über 90% von ihnen am unteren Ende der Skala, bei den meisten auf dem letzten Platz der Liste aller 42 Präsidenten vor ihm. Auch in vielen Medien wurde er zum Schluss seiner Amtszeit als der schlechteste Präsident der USA gehandelt. Gegen Ende wurde er in der Öffentlichkeit fast gar nicht mehr wahrgenommen. Selbst auf dem letzten Parteitag seiner Republikanischen Partei war er nur über Video einmal auf der großen Leinwand präsent. Keiner der Kandidaten im Vorwahlkampf wollte seine Hilfe. Auch der dann gekürte John McCain lehnte sie ab. Das Übergangsteam von Barack Obama war nach dessen Wahlsieg im November 2008 praktisch schon die neue Regierung, und der Versuch des noch amtierenden Präsidenten, einigen seiner Getreuen feste Posten in der Bürokratie zu sichern, wurde umgehend vom Übergangsteam mit dem Hinweis beantwortet, die Verträge seien nur bis zum 20. Januar 2009, dem Amtsantritt des gewählten Präsidenten, gültig.

Bush war in der Öffentlichkeit außer nach den Anschlägen vom 11. September 2001 ohnehin nicht recht präsent. Weil es infolge der Entwicklung der Massenmedien auf Öffentlichkeitsarbeit einer Regierung ankommt, war es erstaunlich, dass kein anderer Präsident

* In memoriam Kennis Clark (*16. September 1943, † 25. April 2004) und Edward B. „Dr. Ted“ Cole (*4. Oktober 1923, † 14. April 2009).

vor ihm in der jüngeren Geschichte so wenige Pressekonferenzen gegeben hat wie Bush. Das hatte gute Gründe, denn immer wieder kam es vor, dass er sich bei den Antworten sprachlich verrannte, so dass es Bücher mit Zitaten von ihm gibt, die zeigen, wie schlecht er die englische Sprache beherrscht. Sogar einen Abreißkalender konnte man kaufen, auf dem für jeden Tag ein Spruch von ihm mitsamt dem Nachweis, wann und bei welcher Gelegenheit er den Satz oder die Sätze gesagt hat, abgedruckt ist und dazu den Hinweis, es seien noch XX Tage bis zum Ende der Amtszeit¹. Dazu kam, dass der langjährige Pressesekretär des Weißen Hauses, Scott McClellan, von den Medien als „langweilig-lustlos wie ein Roboter“ abgestempelt wurde².

2. Einige Negativbeispiele aus der Amtszeit von George W. Bush

Eine auch nur grobe Bilanzierung der Amtszeit von George W. Bush würde ein langes Sündenregister umschließen. Oben an steht zweifellos der Krieg im Irak, der unter erlogenen, an den Haaren herbeigezogenen Gründen erfolgte. Begleitumstände waren etwa „verschärfte“ Verhörmethoden, Folter, einschließlich „water boarding“, das Überstellen von Gefangenen an Länder, die für Foltermethoden bekannt sind, was als „extraordinary renditions“ bezeichnet wurde, menschenverachtende Übergriffe des amerikanischen Militärs in Gefangenenlagern wie Abu Graib oder Guantánamo³, über 4.250 getötete amerikanische Soldatinnen und Soldaten, mehrere Hunderttausend Iraker, die ihr Leben lassen mussten, 5 Millionen Flüchtlingen, die Zerstörung der Infrastruktur des Landes oder die Plünderung des Nationalmuseums unter den Augen amerika-

1 *George W. Bushisms. The Accidental Wit and Wisdom of Our 43rd President. 2008 Calendar* (Andrews McMeel Publishing). Riverside / NJ 2007. Ich hatte selbst einmal die Gelegenheit, eine ungekürzte Pressekonferenz am Fernsehen mit Bush und dem König von Jordanien zu verfolgen. Der König sprach ein hervorragendes amerikanisches Englisch, während Bush sich anhörte, als sei er der Besucher. Es war geradezu peinlich.

2 „Robotically dull“. McClellan hatte schon Bush gedient, als dieser Gouverneur von Texas war.

3 Der langjährige Berater von Präsident Bush und Justizminister Alberto Gonzales bezeichnete die Genfer Konvention als „obsolet“.

nischer Militärs, die das nahe gelegene Ölministerium bewachten. Der Krieg im Irak ließ das internationale Ansehen der USA rapide absinken.

Auch nach Innen war die Politik der Bush-Administration mehr als zweifelhaft. Die Umweltpolitik wurde systematisch zugunsten bestimmter Interessengruppen der Industrie abgewertet, wissenschaftliche Erkenntnisse, die gegen diese Politik sprachen und die durch regierungsnahe Einrichtungen oder durch Abteilungen einzelner Ministerien erarbeitet worden waren, durften nicht veröffentlicht werden. Das Anzapfen von Telefonverbindungen amerikanischer Bürger wurde durch den Präsidenten widerrechtlich ermächtigt. Ein Reporter der Tageszeitung „Boston Globe“ deckte über 800 Fälle auf, bei denen der Präsident neue Gesetze unterschrieb und zugleich flankierende Vermerke, dass er an die soeben unterzeichneten Gesetze nicht gebunden sei. Bush übernahm von seinem Vorgänger Bill Clinton einen Staatshaushalt mit Überschüssen. Inzwischen hat er eine Finanz- und Wirtschaftskrise zu verantworten, deren Folgen nicht abzusehen sind. Ausgerechnet der ehemalige Topmanager der Investmentfirma Goldman Sachs erhielt als Finanzminister freie Hand, um mit Milliarden die Banken aus der Krise zu ziehen, in die sie sich selbst verstrickt hatten. Vizepräsident Dick Cheney, der vielen Beobachtern als der „eigentliche“ Präsident des Landes galt, verstand es offenbar gut, seiner ehemaligen Firma Halliburton Verträge zuzuspielen⁴.

Die Skandale innerhalb der Regierungsmannschaft häuften sich, und entsprechend lang ist die Liste der Rücktritte. Das betraf insbesondere seine Vertrauten, die er aus Texas nach Washington mitgebracht hatte und die als „Texas Mafia“ bezeichnet wurden. Unter ihnen befanden sich die engsten Berater Karen Hughes und Karl Rove, im Washingtoner Politjargon als „The Beauty and the Beast“ bekannt. Unter religiösem Gesichtspunkt ist Karl Rove die schillerndste Figur. Bis zu seinem Rücktritt im August 2007 galt der

4 So erhielt die Firma nach einem Bericht der New York Times vom 25.4.2006, Seite A 1, ohne Ausschreibung von der US Army einen Auftrag im Wert von 2,4 Milliarden Dollar, der „Restore Iraqi Oil“ (RIO)-Vertrag genannt wurde und der den Zweck nicht erfüllte. Auch nach der Katrina-Katastrophe in New Orleans kam die Firma ohne Ausschreibungen groß ins Geschäft.

stellvertretende Stabschef im Weißen Haus als „das Hirn hinter Bush“. Rove wird als der wichtigste Stratege der Wahlsiege Bushs angesehen, weil er es verstanden hatte, die Republikanische Partei ideologisch neu zu formieren. Vorbild war für ihn, wie eine Gruppe machtbesessener Fundamentalisten seit 1978 generalstabsmäßig die Southern Baptist Convention unter ihre Kontrolle gebracht und sie zu einer Vereinigung von Linientreuen, die keine Opposition toleriert, umgestaltet hatte⁵. Rove konnte sich religiös geben, religiöses Vokabular benutzen und konservative Kirchen in seine politischen Planungen und Werbestrategien einkalkulieren. Als Mann für das Größte wurde sein Name immer wieder mit politischen Affären in Verbindung gebracht. Zu seinem Rücktritt führte dann sein Rachezug gegen einen Kritiker der Irak-Politik: Der Diplomat Joseph Wilson war in den Niger gereist, um zu erkunden, ob dieses afrikanische Land mit Saddam Hussein in Uran-Geschäfte verwickelt war. Die Bush-Regierung führte dies zur Erhärtung der These an, dass der Irak Nuklearwaffen entwickle. Wilson entlarvte diese Argumentation als Lüge, woraufhin seine Ehefrau Valerie Plame als eine CIA-Agentin in der Öffentlichkeit bekannt gemacht wurde. Dafür trug Rove die Verantwortung. Noch bei seinem Rücktritt wünschte er dem Präsidenten „Gottes Segen“, um einige Tage später zu erklären, er sei Agnostiker.

2.1 Der Krieg im Irak

Natürlich blieb das Abenteuer nicht ohne Kritik. Der schärfste Widerspruch kam vom früheren Präsidenten und Friedensnobelpreisträger Jimmy Carter, der das Konzept eines „preemptive strike“ deshalb für eine Torheit hielt, weil der vermeintliche Gegner über keine Möglichkeiten verfügte, die Sicherheit der USA auch nur annähernd zu bedrohen und weil die von der Bush-Regierung gezogene Verbindung zwischen dem Diktator im Irak und der Terrororganisation Al Kaida nicht zutreffen konnte. Eine mögliche, weit in

⁵ Vgl. dazu *Geldbach*, Erich. „Religion, mit der kein Staat zu machen ist. Eine Nachlese zu den Wahlen 2004 in den USA“. In: *ZThG* 10, 2005, 22–43, hier 25f. Sowie *Ders.*, „Amerikas letzte und einzige Hoffnung“. Die Southern Baptist Convention – Geschichte und Gegenwart“. In: *ZThG* 7, 2002, 34–63.

der Zukunft liegende Bedrohung kann einen Erstschlag nicht rechtfertigen. Carter war auch um das Ansehen der USA in der Welt besorgt, was angesichts der Kriegspolitik einer schweren Belastungsprobe, insbesondere in der islamischen Welt, ausgesetzt war.

Das rapide Absinken des Ansehens der USA hatte damit zu tun, dass der Krieg von Anfang an gegen internationales Recht verstieß. Darüber setzte sich die Bush-Administration hinweg, wie sie überhaupt völlig unilateral handelte und damit die NATO als Organisation und die Verbündeten verprellte. Dass dessen ungeachtet etliche Länder wie Großbritannien, Spanien, Italien, Dänemark, Australien oder Polen sich an der „Koalition der Willigen“ beteiligten, legitimiert den Krieg nicht, sondern wirft ein schiefes Licht auf diese Länder bzw. ihre Regierungen. Sie wurden, sobald die Völker dazu die Gelegenheit hatten, auch allesamt abgewählt. Eine der letzten Amtshandlungen von Präsident Bush bestand darin, etlichen ehemaligen Regierungshauptern eine Auszeichnung zukommen zu lassen. Das betraf u. a. den früheren australischen Premier John Howard und seinen englischen Kollegen Tony Blair, den einige Presseorgane wegen seiner anglo-amerikanischen Nibelungentreue den „Pudel Bushs“ titulierte hatten. Das Abbröckeln der Koalitionäre in diesem Krieg zeigte die ganze Fragwürdigkeit des Unternehmens.

2.2 Der Irak-Krieg und die Religion

Was hat dieser Krieg mit Religion zu tun? Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 zeigte sich das Ausmaß der religiösen Selbsteinschätzung Bushs. Er hatte einem kleinen Kreis von Unterstützern nach seiner zweiten Wahl als Gouverneur von Texas anvertraut: „I believe God wants me to be president“.⁶ Seine erste Wahl im Jahre 2000, die in Florida durch Wahlbetrug in mehrheitlich von Afro-Amerikanern bewohnten Wahldistrikts entschieden und dann vom Obersten Gerichtshof bestätigt worden war, und vollends seine Wiederwahl stellte für ihn den Beweis dar, dass Gott ihn im Weißen

⁶ „Ich glaube, Gott will, dass ich Präsident sein soll.“ Dieses Zitat vermittelt ein Augenzeugenbericht, Richard Land, und ist zitiert in der Zeitschrift *Christianity Today* vom 29.4.2004. Vgl. dazu *Geldbach*, Erich: In Gottes eigenem Land. Religion und Macht in den USA. Berlin 2008, 194 ff.

Haus haben wollte. Aufgrund dieses religiösen Selbstverständnisses konnte er dann nach den Anschlägen mit den Worten „Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns“ einen messianischen Anspruch⁷ erheben, der auch deutlich zum Ausdruck kam, als er sich auf einen Flugzeugträger fliegen ließ und in der Uniform eines Jagdfliegers unter dem Beifall der Besatzung über das Deck schritt, auf dem das Weiße Haus ein übergroßes Plakat mit der Aufschrift „Mission Accomplished“ hatte anbringen lassen. Der Heiland kam als Oberster Kriegsherr vom Himmel eingeflogen, um seinen frohlockenden Heerscharen die frohe Kunde zu verkünden, dass die Mission erfolgreich zum Abschluss gebracht werden konnte. Der Krieg war von Anbeginn mit religiösen Symbolen verknüpft, die unmittelbar an die messianische Sendung Amerikas anknüpfen: Freiheit und Demokratie, wie in den USA verwirklicht, sollen allen Völkern und Menschen zugute kommen. Die USA sind wie die Stadt auf dem Berg, die nicht verborgen sein kann (Matth. 5,14), sondern die das ihr anvertraute Licht verbreiten muss. Deshalb versprach der Präsident, die Welt vom Bösen zu befreien: „to rid the world of evil“.

Dieses Konglomerat aus Bibelworten, religiösem Selbstverständnis Bushs, amerikanischem Sendungsbewusstsein, militärischer Stärke und einem Sicherheitsbedürfnis nach den Anschlägen und das alles kombiniert mit einem klaren Feindbild („[...] der ist *gegen* uns“ und verdient deshalb den Krieg: „war on terror“) wurde nicht nur vom Weißen Haus und dem Präsidenten in die Öffentlichkeit gebracht, sondern von der Religiösen Rechten mit allem Nachdruck unterstützt. Ihre Sprecher wie James Dobson (Focus on the Family), Tim LaHaye (hochspekulative Endzeitromane *Left Behind*), Pat Robertson (TV-Programm *700 Club*), John Hagee (Christians United for Israel), Franklin Graham (Sohn des Evangelisten Billy Graham und dessen Erbe), Richard Land (Südbaptisten) und, als sie noch lebten, die Fernsehprediger James Kennedy und Jerry Falwell sowie der Lobbyist Paul Weyrich haben nicht nur den Irakkrieg von Anbeginn enthusiastisch gefeiert, sondern den Präsidenten zusätzlich ermutigt, auch gegen den Iran zu Felde zu ziehen, was allerdings das

⁷ Der Satz stammt aus dem Munde Jesu (vgl. Matth. 12,30; Luk. 11,23). Wenn Bush ihn auf sich und die USA bezieht, ist das Blasphemie.

militärische Desaster im Irak nicht zuließ. Richard Land war sogar nach Deutschland gereist, um den Kirchen hierzulande den gerechten Krieg gegen den Terror schmackhaft zu machen, weil die Zeit für Gewalt gekommen sei⁸.

Die selbst ernannten Sprecher der Christlichen Rechten, die mit allen Mitteln an einem vielfach erfolgreichen Versuch gearbeitet hatten, in der Öffentlichkeit Einfluss zu gewinnen, erwiesen sich als schlechte Fürsprecher des christlichen Glaubens, als sie dem Präsidenten in seinem „Krieg gegen den Terror“ den geistlichen Beistand erteilten. Der Kampf gegen das Böse, das für die allermeisten Sprecher der fundamentalistischen Christen durch den Islam verkörpert ist, wurde anfänglich auch von Bush als „Kreuzzug“ bezeichnet, bis ihn einige Berater darauf hinwiesen, dass diese Vokabel in der islamischen Welt außerordentlich belastet ist. Bush vermied daraufhin den Begriff, aber im Mund der Fundamentalisten wird er immer gebraucht. Der Sohn Billy Grahams, Franklin Graham, verstieg sich zu der Aussage, der Islam sei eine „böse und verruchte Religion“ – „a very evil and wicked religion“. Natürlich ist Osama bin Laden die für den Islam insgesamt repräsentative Person, was dem vereinfachenden Weltbild sowohl der Fundamentalisten als auch des 43. Präsidenten sehr entgegenkam. Bis in hohe Kreise der Militärs konnte sich diese ideologisch-religiöse Verzerrung einer Weltreligion durchsetzen. Der Generalleutnant William ‚Jerry‘ Boykin vertrat öffentlich die Auffassung, die USA seien eine „christliche Nation“ und befänden sich in einem „heiligen Krieg“ gegen „Satan“, den man nur „im Namen Jesu“ erfolgreich abschließen könne. Trotz öffentlicher Kritik an diesen Äußerungen blieb Boykin als Unterstaatssekretär im Verteidigungsministerium für die Aufgaben der Spionage verantwortlich.

8 *Jäbmichen*, Traugott: „Gerechte Kriege‘ gegen den Terror?“. In: Lybaek, Lena / Raiser, Konrad / Schardien, Stefanie (Hg.): *Gemeinschaft der Kirchen und gesellschaftliche Verantwortung*. FS Erich Geldbach. Münster 2004, 239ff., bes. 242–244.

3. Hintergrund: Das religiös-fundamentalistische, politische, militärische Syndrom und die Ideologie des „nackten Marktplatzes“

Wieso konnte es zu diesem Syndrom aus protestantisch-fundamentalistischen Ansichten, der allgemeinen Politik sowie dem Militär kommen? Seit den 1970er Jahren haben fundamentalistische Prediger vor allem durch die Nutzbarmachung des Fernsehens ein wahres Trommelfeuer auf die Nation niederprasseln lassen und immer wieder dieselben anklagenden Sätze wiederholt. Zusammengefasst lauten sie: Die USA waren einst eine „christliche Nation“, die der Welt ein Leuchtfeuer sein sollte. Das war der Nation ein von Gott gesetztes Ziel, was man seit dem 19. Jahrhundert als „manifest destiny“ zu bezeichnen pflegte. Aber die USA sind vom Pfad der Tugend abgefallen. Die Religiöse Rechte machte schnell die inneren Feinde Amerikas aus: Es sind die „säkularen Humanisten“, die ihre Ansichten in eine quasi-Religion verwandelt haben und die aufgrund der Trennung von Staat und Kirche den Kirchen im Raum der Öffentlichkeit das Wasser abgraben konnten. Der Erste Zusatz zur Verfassung verbietet dem Kongress, eine offizielle Religion zu etablieren. Die Kritiker meinen, dass dadurch die Kirchen als Träger der Moral aus der Öffentlichkeit verbannt seien.

Der frühere Lutheraner John Richard Neuhaus, der aufgrund eines vermeintlich ethischen Relativismus im Protestantismus zum Katholizismus konvertiert war, am 8. Januar 2009 verstarb, und der zu den bedeutenden Kulturkritikern der USA gehörte, gebrauchte das Bild vom „naked public square“⁹ also etwa dem „nackten Marktplatz“, um diese Situation zu beschreiben. Den „nackten Marktplatz“ benutzten die anti-religiösen, „liberalen“, „modernistischen“, „säkular-humanistischen“ Kräfte, die durch die Trennmauer zwischen Staat und Kirche nicht im Abseits stehen, um auf den Markt vorzudringen und ihn zu besetzen. Die protestantischen Fundamentalisten griffen begeistert zu diesem Bild. Sie füllten es damit, dass sie ihre „säkular-humanistischen“ Gegner bezichtigten, eine neue, andere Moral durchgesetzt zu haben, was sich vor allem in den

9 Neuhaus, Richard J.: *The Naked Public Square: Religion and Democracy in America*. Grand Rapids 1986.

öffentlichen Schulen zeige. Allerdings erweist sich die Redeweise vom „nackten“ Marktplatz als eine Ideologie. Denn der Marktplatz war nie leer. Anders als in Europa hat die amerikanische Verfassung, die „Gott-los“ ist, weil es keinen Gottesbezug gibt und weil die Religion nur einmal Erwähnung findet¹⁰, in dem Ersten Zusatz sicher gestellt, dass es weder eine etablierte Religion geben darf („establishment clause“) noch dass die freie Religionsausübung behindert wird („free exercise clause“). Das hat dazu geführt, dass zunächst die unterschiedlichen christlichen Denominationen und später auch nicht-christliche Religionen auf den offenen Marktplatz drängten und dort ihre religiösen Angebote feil hielten. Das ganze 19. Jahrhundert ist, anders als sich die Situation etwa in Deutschland zeigt, nicht durch einen Niedergang der Religion gekennzeichnet, sondern durch eine rapide und zahlenmäßig gewaltige Expansion¹¹.

Die unterschiedlichen religiösen Strömungen blieben auch im 20. Jahrhundert auf dem offenen Marktplatz aktiv. Das hat überhaupt erst die Möglichkeit geschaffen, dass eine Religiöse Rechte in Erscheinung treten konnte. Sie haben von den Möglichkeiten, die der offene Marktplatz bietet, einen so guten Gebrauch gemacht, dass sie das öffentliche Meinungsbild mitgeprägt haben, ja zeitweilig den Eindruck erwecken konnten, sie seien die „eigentlichen“ Sprecher der Religion. Das haben sie durch geschickte Ausnutzung der Massenmedien, vor allem des Fernsehens, und einer massiven Lobbyarbeit bewerkstelligen können. Dem hatten die traditionell als Mainline Churches benannten Denominationen, die auch die ökumenische Bewegung repräsentieren, nicht viel entgegenzusetzen, weil sich etwa zeitgleich mit dem Aufstieg der Religiösen Rechten eine Abnahme der Mainline Churches und eine Zunahme der charismatisch-orientierten Kirchen, der Pfingstkirchen und der nicht

10 Dabei geht es darum, dass für Amtsinhaber öffentlicher Ämter kein „religiöser Test“ für die Einstellung vorgenommen werden darf. Damit wollte man die in England geübte Praxis abwehren; die Religion sollte kein Auswahlkriterium für eine Berufung in ein Amt sein.

11 Vgl. z. B. das Buch der Soziologen Roger *Finke* und Rodney *Stark*, *The Churching of America 1776–1999. Winners and Losers in our Religious Economy*. New Brunswick, NJ 1992, in dem mit Hilfe des Marktmodells das Anwachsen der Religiosität überzeugend nachgewiesen wird.

in Denominationen eingebundenen Community Churches vollzog. Außerdem konnten die Fundamentalisten die Macht in der größten protestantischen Denomination, der Southern Baptist Convention, erobern. In den konservativ eingestellten Gruppierungen, ganz gleich, ob religiös oder politisch motiviert oder als eine Kombination beider, ist seit Jahren die eingängige Redeweise anzutreffen, die USA befänden sich in einem „Kulturkampf“ - „culture war“. Der Journalist, TV Kommentator und Mitbegründer des Magazins *The American Conservative*, Patrick Buchanan, streute diese Vokabel breit unter das Volk, als er wiederholt für das Präsidentenamt zu kandidieren versuchte, zuerst in der Republikanischen Partei, später bei Splittergruppen. „Kulturkampf“ gehört inzwischen zu den Standardaussagen aller Konservativen.

3.1 Der Kulturkampf und die Gerichte

Dieser Kampf wird auf unterschiedlichen Feldern ausgetragen. Vor allem aber kommen zwei Institutionen in den Blick, die für das Verständnis des Anliegens der Religiösen Rechten von Bedeutung sind: Das Gerichtswesen und die öffentlichen Schulen. Die Richter der Gerichte werden in zwei Kategorien eingeteilt. Einerseits Richter, die angeblich nichts weiter unternehmen, als die Gesetze zu „interpretieren“, andererseits eine kleinere Gruppe, die man „aktivistische“ Richter nennt und denen man unterstellt, dass sie nicht die Gesetze „auslegen“, sondern mit ihrer Art der Interpretation neues Recht setzen, was eigentlich dem Parlament vorbehalten ist. Weil der Präsident Vollmachten bei der Ernennung von Bundesrichtern bis hin zum Obersten Gerichtshof besitzt, war es stets das Ziel der Religiösen Rechten, bei der Ernennung der Richter Einfluss auf den Präsidenten zu bekommen, um die Ernennung der ihnen genehmen Richter zu unterstützen. In weit blickender Vorausschau hatten Pat Robertson, der selbst versucht hatte, Präsidentschaftskandidat der Republikaner zu werden, und Jerry Falwell, der einstige Anführer der „Moralischen Mehrheit“, nicht nur Universitäten gegründet, sondern ihnen auch juristische Fakultäten angegliedert. Die Law School von Robertsons Regent University besteht seit 1990, die der Liberty University Falwells seit 2003. Beide erscheinen nicht unter

den Hundert besten Fakultäten in den Ranglisten der Zeitschrift US News and World Report, aber die Absolventen erfreuen sich bei konservativen Politikern großer Beliebtheit.

Die Errichtung dieser Juristischen Fakultäten auf der Grundlage einer „christlichen Weltanschauung“ („Christian worldview“) muss tatsächlich als weitblickend eingestuft werden. Die hier ausgebildeten Juristen versuchen, mit Hilfe fundamentalistischer Seilschaften an einflussreichen Stellen zu landen, um das Rechtsgefüge der USA in ihrem Sinne zu beeinflussen. Ein besonderer Streitpunkt ist seit 1973 der Fall *Roe versus Wade*, mit dem der Oberste Gerichtshof den Frauen das Recht einräumte, eine Schwangerschaft unter bestimmten zeitlichen Bedingungen zu beenden. Seither steht obenan auf der Tagesordnung der Religiösen Rechten, diese Entscheidung rückgängig zu machen. Bisher ist es der Rechten, die sich „pro life“ nennen, noch nicht gelungen, ihre Gegner, die in der Öffentlichkeit mit dem Etikett „pro choice“ belegt sind, zu besiegen. Aber es kann nicht ausgeschlossen werden, dass eines Tages das Urteil von 1973 „gekippt“ wird. Nach der Wahl Obamas ist das vorerst sehr unwahrscheinlich, weil sich der neue Präsident klar als Anhänger von „pro choice“ ausgegeben hat.

3.2 Der Kulturkampf und das öffentliche Schulwesen

Die öffentlichen Schulen sind eine weitere Zielscheibe im Kulturkampf. Das geht zurück auf eine Entscheidung des Obersten Gerichts, das ein früher praktiziertes Gebet vor Unterrichtsbeginn mit dem einleuchtenden Argument verbot, es sei in den USA nicht Sache der Regierung „Gebete zu formulieren“. Wer sollte denn auch dafür zuständig sein? Die Fülle der christlichen Denominationen, dazu die nicht-christlichen Religionen und nicht zuletzt religiös ungebundene Menschen lassen es einfach nicht zu, dass für alle Schülerinnen und Schüler gültige Gebete entworfen und gesprochen werden können. Von daher ist das Gericht angesichts der religiösen Vielfalt den einzig möglichen Weg gegangen. Die Religiöse Rechte sieht darin eine Abkehr von den christlich-protestantischen Ursprüngen Amerikas und betrachtet die „Verbannung Gottes aus den Schulklassen“, wie es Präsident Ronald Reagan einmal ausdrückte,

als Aufweichen einer christlichen Moral. „Aktivistische“ Richter, so argumentiert die Religiöse Rechte, hätten dem Ansturm des säkularen Humanismus nachgegeben und diesem Tür und Tor der amerikanischen Schulen geöffnet. Das wird an zwei Eckpfeilern festgemacht: Einmal werde in den Schulen nur die Evolutionstheorie gelehrt und nicht auch der Kreationismus als Alternative, was nach Ansicht der Kritiker zu einer Relativierung moralischer Werte oder deren Beliebigkeit führe. Zum anderen habe die Einführung des Sexualkundeunterrichts zu denselben Ergebnissen geführt.

Führende Fundamentalisten haben daher immer wieder eindringlich an ihre Anhänger appelliert, die öffentlichen Schulen zu boykottieren, wenn möglich private Schulen zu errichten oder die Kinder zu Hause zu unterrichten, was „home schooling“ genannt wird. Das Privatschulwesen erlebte in den zurückliegenden Jahren einen wahren Ansturm, aber auch das Unterrichten der Kinder durch die Eltern wird immer populärer. Die Kinder müssen sich von Zeit zu Zeit Examina unterziehen, damit sie den Nachweis erbringen, dass sie ihrem Jahrgang entsprechend die vorgeschriebenen Leistungen erbringen können. Aus den Universitäten ist zu erfahren, dass Kinder mit „home schooling“ offenbar keine Schwierigkeiten haben, ein ordentliches Studium aufzunehmen. Es lässt sich aber auch beobachten, dass Kinder aus Elternhäusern mit rechts-religiöser Ausrichtung es vorziehen, Colleges oder Universitäten zu beziehen, die innerhalb des ihnen geläufigen Rahmens einer „christlichen Weltanschauung“ verbleiben.

3.3 Der Kulturkampf und die Sexualität

Der Kulturkampf um Richterposten und öffentliches Schulwesen vollzieht sich vergleichsweise ruhig. Umso turbulenter geht es an einer anderen Front des Kulturkampfes zu. Die „pro life“-Haltung der Religiösen Rechten hat vor Kliniken zu Tumulten, ja auch zu Toten geführt, weil etliche Ärzte und Krankenschwestern erschossen wurden. Man nannte das gelegentlich in einschlägigen Kreisen Kollateralschäden. Patientinnen, die Kliniken aufsuchen, werden als Huren und Mörderinnen angepöbelt, und um „den Krieg gegen Amerikas Kinder“ zu stoppen, werden auch Gebäude oder Gebäude-

teile in Brand gesetzt. Diese Taktiken kommen seit dem Urteil *Roe versus Wade* zur Anwendung. Jerry Falwell nannte das Urteil damals Amerikas „Holocaust“ und wurde von da an eine öffentliche Figur im Kulturkampf zur Rettung des christlichen Amerika. Der Kampf kann immerhin als Erfolg verbuchen, dass 87% aller Landkreise in den USA keine Einrichtung vorzuweisen haben, wo Abtreibungen vorgenommen werden können. Der Kongress musste 1994 den Freedom of Access to Clinic Entrances Act verabschieden, weil Abtreibungsgegner immer wieder die Zugänge zu den Kliniken blockierten. Auf Internetseiten¹² kann man nachlesen, zu welcher Sprache gegriffen wird, um Schwestern und Ärzte anzupöbeln, oder dass ihnen Bilder der Jungfrau Maria und Bilder verstümmelter Föten entgegengehalten werden.

Die konservative Wertehaltung macht sich an allem fest, was mit Sexualität zu tun hat. Der schulische Sexualkundeunterricht ist nur ein Beispiel. In den USA ist immer wieder die Rede von den „Familienwerten“ - „family values“. Nicht immer ist klar, was die Sprecher darunter verstehen, zumeist aber ist gemeint, dass der Mann die traditionelle Rolle als „Brötchenverdiener“ der Familie übernimmt, während die Frau für Haushalt und Erziehung der Kinder verantwortlich ist. Familie wird definiert als Verbindung eines Mannes mit einer Frau. Damit sind die „patchwork“-Familien oder allein erziehende Mütter und Väter abgewertet, weil sie keine Familie repräsentieren. Dieses Argument richtet sich gegen die Emanzipation der Frau, gegen jede Art des Feminismus und sonderlich gegen jede Art der Homosexualität. Eine homosexuelle „Ehe“ wird ebenso bekämpft wie das Recht gleichgeschlechtlicher Partner, Kinder zu adoptieren. Geradezu bizarre Züge kann der Kulturkampf annehmen, wenn versucht wird, Steuergelder für die Förderung der Kunst zu sperren. Das Argument lautet, die „säkularen Humanisten“ würden mit Steuergeldern unter dem Vorwand der Kunstförderung die eigentliche Absicht verfolgen, Pornographie in die Öffentlichkeit zu bringen.

Als immer deutlicher wurde, welche epidemischen Ausmaße die Krankheit HIV-AIDS annahm, erklärte Falwell die Krankheit als

12 Z. B. <http://www.wholewomanshealth.com/index.html>.

Geißel Gottes für die Sünden der Homosexuellen. Der katholische Journalist Pat Buchanan stieß in das gleiche Horn, als er AIDS als „Vergeltung der Natur für widernatürliche Handlungen“ von Homosexuellen bezeichnete. Dieses Beispiel zeigt, dass der Kulturkampf aus unterschiedlichen Perspektiven zu denselben Ergebnissen führen kann und dass sich dadurch neuartige religiöse Koalitionen ergeben können. Um das Ausmaß des Kulturkampfes zu verstehen, seien zwei Zitate in englischer Sprache angefügt, die nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 wörtlich von Jerry Falwell und Pat Robertson in dessen TV Sendung „The 700 Club“ gesagt wurden und die unterstreichen, was oben dazu ausgeführt wurde. Falwell machte folgende Aussage: „I really believe that the pagans, and the abortionists, and the feminists, and the gays and the lesbians who are actively trying to make that an alternative lifestyle, the ACLU¹³, People For the American Way¹⁴, all of them who have tried to secularize America. I point the finger in their face and say ‚you helped this happen‘“. Für diese Aussage entschuldigte er sich später zwar, aber sie zeigt, welche Denkschemata zugrunde liegen, die auch nach einer Entschuldigung nicht verschwinden. In der Sendung betete der Gastgeber Robertson: „The Supreme Court has insulted you over and over again, Lord. They’ve taken your Bible away from the schools. They’ve forbidden little children to pray. They’ve taken the knowledge of God as best they can, and organizations have come into court to take the knowledge of God out of the public square of America.“¹⁵

3.4 Der Kulturkampf und der Islam

Die rechtsreligiösen Kulturkämpfer betonen immer wieder, dass die USA eine „christliche Nation“ sei und deshalb unter dem besonderen Segen Gottes stünde. Das aber ist ein mythologisches Weltbild, was allein schon ein Blick in die Verfassung der USA lehrt. Sie ist

13 ACLU = American Civil Liberties Union, eine Rechtshilfeorganisation, die über die Wahrung der in der Verfassung garantierten Freiheiten wacht.

14 Eine Lobby-Organisation, die sich vor allem der Einhaltung der Trennung von Staat und Kirche verschrieben hat.

15 CNN.com, 14.9.2001.

nämlich „Gott-los“, d. h. sie hat keinen Gottesbezug, weil die Gründerväter mehrheitlich dem Deismus anhängen. Die von Islamisten verübten Anschläge vom 11. September 2001 bekräftigen für viele Amerikaner, nicht nur für die Anhänger der Religiösen Rechten, dass das christliche Amerika sich gegen den Feind „Islam“ verteidigen müsse. Dazu hatte Bush nicht wenig beigetragen, als er anfänglich von einem Kreuzzug gegen die Feinde Amerikas sprach und sein „Krieg gegen den Terror“ sich im Wesentlichen gegen radikale Anhänger des Islam richtet. Im Wahlkampf 2008 erhielt diese vereinfachte Sichtweise eine schreckliche Bestätigung.

In einer Reihe von E-mails, die während des Wahlkampfes im Jahre 2008 in großen Mengen versandt wurden, war die Behauptung aufgestellt worden, Obama sei ein verkappter Muslim. Im rechten Lager wurde diese Nachricht mit Begeisterung aufgegriffen und weiter verbreitet. Der konservative Sender Fox News hatte sich an der Kampagne beteiligt, weil er zuerst mit Hinweis auf Obamas Schulzeit in Indonesien Zweifel an dessen Christ-Sein aufwarf, diese Meldung aber später korrigierte. Rechte Radio-Talkmaster wie der unermüdliche Trommler Rush Limbaugh ließen keine Gelegenheit vergehen, betont den zweiten Namen des Senators und Wahlkämpfers zu gebrauchen: Barack Hussein Obama. Damit wollten er und Seinesgleichen nicht nur anti-islamische Gefühle erzeugen, sondern Obama in die Nähe des irakischen Diktators Saddam Hussein rücken. Dass der zweite Vorname und der Nachname des früheren Senators sich gar nicht oder nur wenig von dem Nachnamen des irakischen Diktators und dem Vornamen des Erzfeindes Amerikas, Osama bin Laden, unterscheidet, machte es den Befürwortern der Schmierkampagne sehr leicht. Die Wirkung lässt sich statistisch nachweisen: 22 % der Wähler blieben davon überzeugt, dass diese Unterstellung richtig sei. Auch kam in diesem Zusammenhang die als Witz gemeinte Frage auf, wer die drei ärgsten Feinde Amerikas seien. Die Antwort lautet: „Osama, Obama and Chelsea's Mama“ (also Hillary Clinton).

4. Die Wahl 2008 in den Medien

Vor dem Hintergrund des ausgerufenen Kulturkampfes muss man Wahlkampf und Wahl 2008 aus religiöser Perspektive zu analysieren versuchen. Es ist schon oft darauf verwiesen worden, dass die Religion im öffentlichen Leben der USA eine ungleich größere Rolle spielt als in Europa. Europa, besonders Deutschland und die nordischen Länder, wirken säkularisiert, während in den USA der regelmäßige Besuch der Kirche, Synagoge oder Moschee für viele Menschen eine Selbstverständlichkeit ist. Ebenso ist selbstverständlich, dass ein großer Prozentsatz, etwa 30 %, keine religiöse Bindung, auch keine oberflächliche, unterhält. Gerade weil Religion auf dem öffentlichen Markt so präsent ist, hat das Pew Research Center's Project for Excellence in Journalism in Verbindung mit dem Pew Forum on Religion & Public Life eine Untersuchung durchgeführt¹⁶, wie stark die öffentlichen Medien während des Wahlkampfes zwischen dem 1. Juni und dem 15. Oktober 2008 dem Thema Religion Aufmerksamkeit geschenkt haben. Einige Schlüsselresultate der Untersuchung seien aufgeführt:

- Innerhalb der Berichte in den untersuchten Medien machen religiöse Themen 4 % aus. Das mag wenig erscheinen. Wenn man aber bedenkt, dass der Krieg im Irak mit 6 % und die Wirtschaftskrise mit 9 %, die Problematik der Energieversorgung mit 2 % und die Umweltprobleme mit weniger als 1 % zu Buche schlagen, dann ist der Prozentsatz nicht so gering, wie es anfänglich erscheinen mag.
- Mehr als 53 % der Berichterstattungen mit religiösen Themen hatten mit Obama zu tun, während McCain nur bei 9 % landete. Als er Sarah Palin für das Amt der Vizepräsidentin berief, trat sie zeitweilig ins Zentrum des Interesses, weil man wissen wollte, zu welcher Kirche sie gehörte, wie sie sich zu der außerehelichen Schwangerschaft ihrer Tochter verhalten würde und was ihre „Familienwerte“ seien. Sie kam auf 19 %.
- Am meisten sorgte das von Rechten und religiösen Rechten gestreute Gerücht für Schlagzeilen, dass Obama ein Muslim sei

¹⁶ Veröffentlichung der Untersuchung am 20.11.2008 veröffentlicht unter www.pewforum.org; letzter Abruf am 5.2.2009.

(30 %). Als der rechtsreligiöse James Dobson den Kandidaten Obama wegen dessen Positionen angriff, sorgte dies für 5 % der Berichte. Dennoch konnte Obama, wie noch zu zeigen sein wird, bei allen religiösen Wählergruppen mehr Stimmen erzielen als John Kerry vor vier Jahren. Obama und sein Wahlkampfteam hatten Zeit und Energie auf Wähler mit religiösem Hintergrund konzentriert, was sich offenbar auszahlte.

- Alle Kandidaten hatten Probleme mit Pastoren oder anderen religiösen Führungspersonen. Bei Obama war das ausgeprägt, weil man Predigten seines Pastors Jeremiah Wright entdeckte und diese auf Internetseiten oder auf YouTube abspielte und in anderen Medien ständig wiederholte. Sie wurden als gegen Weiße gerichtete Angriffe und daher als „rassistisch“ eingestuft. Die Debatte wurde Obama zu heiß, so dass er seine Mitgliedschaft in einer Gemeinde der United Church of Christ¹⁷ zurückzog, um seinen Wahlkampf nicht zu gefährden. Das wurde ihm nur vereinzelt als Verlust seiner Glaubwürdigkeit angekreidet. McCain geriet in Schwierigkeiten, weil ihn der heftig umstrittene Pastor John Hagee ungebeten unterstützte. Zunächst war McCain froh über diese Hilfe, geriet dann aber in arge Verlegenheit, als er feststellen musste, mit welchen Argumenten Hagee seine Freundschaft zu Israel Ausdruck verleiht. Auch Palins früherer und gegenwärtiger Pastor sorgten für Aufregung. Diese „Pastorenprobleme“ machten 11 % der Berichterstattung aus. Lediglich bei Joe Biden, der römisch-katholisch ist, spielte die Religionszugehörigkeit keine Rolle in den Medien.

¹⁷ Die UCC gehört zu den Mainline Churches und unterhält mit den deutschen Landeskirchen unierter Prägung Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft. Vgl. jetzt *Zachau*, Elga: *Gemeinsames Anliegen Gerechtigkeit. Die Kirchengemeinschaft zwischen Evangelischer Kirche der Union und United Church of Christ (USA) 1980–2005*. Neukirchen-Vluyn 2009.

- Der Pastor der Megakirche „Saddleback“ in Südkalifornien und Erfolgsautor, Rick Warren¹⁸, hatte am 16. August die beiden Kandidaten Obama und McCain in seine Gemeinde¹⁹ zu einer ersten direkten Konfrontation eingeladen. Anfänglich war das öffentliche Echo ausgeprägt, so dass dieses Ereignis 11 % der Medienberichte ausmacht.
- Die Themen des Kulturkampfes – Abtreibung, gleichgeschlechtliche Ehe, Pornographie – tauchten erst spät im Wahlkampf auf und waren fast ausschließlich auf die Person der Kandidatin der Republikanischen Partei, Sarah Palin, gerichtet. Ihr Weltbild ist so gut wie ausschließlich durch fundamentalistische und kulturkämpferische Vorstellungen geprägt. Vor allem waren die Themen Abtreibung und Sexualerziehung allgegenwärtig, nachdem bekannt wurde, dass ihre minderjährige Tochter schwanger war und sie sich vehement gegen Sexualkundeunterricht ausgesprochen hatte.

5. Nachlassendes Interesse an kontroversen Themen der Religiösen Rechten

Offenbar war das Interesse an religiösen Themen generell und an den speziellen, die Gesellschaft spaltenden, kontroversen Themen der Religiösen Rechten bei der Wahl 2008 nicht so ausgeprägt wie bei den vorhergehenden Wahlen. Woran liegt das? Auf folgende Gründe wird man in aller Kürze hinweisen können. Einmal ist eine Reihe von Sprechern der Religiösen Rechten vor dem Wahlkampf verstorben, andere sind in ein Alter gekommen, in dem die aktiven

18 Seine Bücher *The Purpose Driven Life* sowie *The Purpose Driven Church* sind millionenfach verbreitet und haben ihn so reich gemacht, dass er auf ein Gehalt seitens der Gemeinde verzichtet.

19 Die Saddleback Church, die aus einem kleinen Kreis von etwa 20 Menschen in wenigen Jahren zu einer Megakirche von heute über 22.000 Mitgliedern anwuchs, gehört offiziell zur Southern Baptist Convention, doch kann sich Warren aufgrund seiner Erfolge eine eigene Stellung leisten, die von der seiner fundamentalistischen Freunde erheblich abweichen kann. Warren wurde von Obama damit „belohnt“, dass er bei der feierlichen Einführung des Präsidenten das Eröffnungsgebet sprechen durfte. Im Vorfeld entspann sich eine aufgeregte Debatte darüber, ob Warren „im Namen Jesu“ beten dürfe, was er schließlich tat.

Möglichkeiten auf natürlichem Weg nachlassen. Zu den Verstorbenen gehören Jerry Falwell († 15. 5. 2007) aus dem Bundesstaat Virginia, der immer mit markanten Äußerungen hervortrat und durch sein Fernsehprogramm Einfluss nehmen konnte, sowie James Kennedy († 6. 9. 2007) aus Florida, der ebenfalls ein Fernsehprediger war, sich zwar moderater auszudrücken pflegte als Falwell, in der Sache aber ebenso hart blieb. Pat Robertson verfügt zwar auch über eine Fernsehgemeinde, aber er ist in letzter Zeit mit Äußerungen hervorgetreten, die ihn wahrscheinlich auch bei seinen Anhängern suspekt erscheinen ließen. So etwa sagte er in seiner Fernseh-Show, es wäre an der Zeit, den Präsidenten von Venezuela, Hugo Chavez, wegen dessen anti-US-amerikanischer Einstellung zu erschießen; eine Kugel sei billiger als einen Krieg zu führen. An dieser Aussage ist die Alternative Kugel oder Krieg makaber genug. Offenbar steht es für Robertson fest, dass Chavez so oder so beseitigt werden muss, und da gibt er der „billigeren Lösung“ den Vorzug.

Die Tatsache, dass Rick Warren den damaligen Senator Obama in seine Gemeinde eingeladen hatte und er auch das erste Duell der beiden Anwärter auf das Präsidentenamt in seiner Gemeinde moderierte, zeigt noch etwas anderes. Das rechts-religiöse Spektrum ist in einem Umbruch begriffen. Dieser Umbruch hat damit zu tun, dass es Menschen gibt, die sich theologisch „konservativ“ einstufen, die aber die einseitige Fokussierung der Religiösen Rechten auf wenige Problemfelder zugunsten einer Öffnung für andere Fragen überwinden wollen. Diese neuen Vertreter sind der Meinung, dass das Christentum nicht allein durch die Religiöse Rechte und die Republikanische Partei vertreten wird. Etwas salopp gesagt heißt das, Jesus ist weder Republikaner noch Demokrat. Das bedeutet indes keine Standpunktlosigkeit, sondern man möchte zu Sachfragen adäquat und differenziert Stellung beziehen, um die gebetsmühlenartigen Monologe der Religiösen Rechten zu überwinden.

Dann kann man sich beispielsweise nicht auf ein einseitiges Familienbild fokussieren²⁰, gegen den Feminismus polemisieren, Schwule und Lesben „abkanzeln“, Krieg, Todesurteile oder Waffen-

20 James Dobsons mächtige, mit einem Jahresbudget von \$ 135 Millionen ausgestattete Lobbyorganisation heißt nicht zufällig Focus on the Family.

besitz gut heißen oder gar die globale Erderwärmung und den Schutz der Umwelt ignorieren. Der Soziologe und Autor Tony Campolo hat zur Kennzeichnung der neuen Bewegung innerhalb des evangelikalen Lagers von den „red-letter Christians“ gesprochen. So wie man in etlichen Bibelausgaben Worte Jesu in roten Buchstaben findet – ähnlich wie es in deutschen Bibeln fett gedruckte Verse gibt –, so möchte man an der roten Farbe erkannt werden als Menschen, die den herkömmlichen Aussagen des Glaubens anhängen und die Bibel für Glauben und Leben als relevant betrachten; gerade deshalb aber will man der Religiösen Rechten das Feld nicht überlassen. Der Öffentlichkeit soll der Eindruck vermittelt werden, dass die Religiöse Rechte keine Definitionshoheit darüber besitzt, was als genuin christlich oder „evangelikal“ zu gelten hat. Die politische Tagesordnung ist daher wesentlich erweitert, um der Problemlage in der Welt von heute gerecht werden zu können. Campolo pflegt zu sagen, dass auf die Frage der Parteizugehörigkeit die Antwort der „red-letter Christians“ sein sollte, der Fragesteller solle die gesellschaftlichen Problembereiche, die gelöst werden müssen, genau benennen. Die Parteizugehörigkeit tritt dahinter zurück, und die Werte, die es zu verteidigen oder zu verwirklichen gilt, sind nicht die „Familienwerte“ der Rechten.

David Gushee, Professor für christliche Ethik an der Mercer University in Atlanta, Georgia, der für eine fortschrittliche Politik eintritt²¹, ist zwar auch der Meinung, dass die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche reduziert werden sollte und dass Politiker entsprechend handeln müssten, er meint aber, dass die Problematik in ein weites sexualaufklärerisches, ökonomisches und gesellschaftliches Geflecht eingebunden ist, um ungewollte Schwangerschaften zu verhindern und Hilfen für ungewollt Schwangere sicher zu stellen. Ein Verbot von Kontrazeptiva, wie es fast alle rechtsreligiösen Propagandisten proklamieren, reicht nicht aus. Er meint auch, dass mehr als die Hälfte der katholischen Wähler diplomatische Schritte gegenüber der Anwendung militärischer Gewalt vorziehen, um internationale Konflikte zu lösen. Die gegenwärtige Finanz- und

21 Vgl. sein Buch *The Future of Faith in American Politics*, was zu Beginn des Wahljahres herauskam, um Einfluss auf die Wahlen nehmen zu können.

Wirtschaftskrise bedarf einer genauen Analyse, um herauszufinden, an welchen Stellen Aufsichtsrate der Aktiengesellschaften oder die Aufsicht von Regierungsstellen versagt haben und wo Individuen aufgrund ihrer Verantwortungslosigkeit und dem Streben bzw. der Gier nach Einfluss und Geld falsche Entscheidungen getroffen haben.

Schließlich sollte man noch auf Jim Wallis und die von ihm gegründete Sojourner Community in Washington hinweisen. Wallis hat sowohl in Veröffentlichungen seiner Gemeinschaft als auch in eigenen evangelistischen Veranstaltungen stets darum geworben, die Politik militärisch-imperialer Machtentfaltung zu verlassen, sich auf das Problem des Umweltschutzes und der Bekämpfung des Hungers in der Welt zu konzentrieren, und mehr für die Armen in den USA auszugeben. Für ihn steht das Thema Gerechtigkeit in den USA und in der Welt obenan. Von manchen Evangelikalen wird er argwöhnisch betrachtet, von den Fundamentalisten bekämpft, von manchen Pressemedien auch hierzulande als „Linksevangelikaler“ bezeichnet. Seine Stimme hatte jedenfalls im Wahlkampf einiges Gewicht. Das gilt auch für Glen Stassen, der am Fuller Theological Seminary im kalifornischen Pasadena eine Professur für Ethik bekleidet. Man kann vermutlich aus dem Dargelegten den Schluss ziehen, dass die Erweiterung der Themenpalette, wie sie von fortschrittlichen „Evangelikalen“ vorgeschlagen wurde, dazu verholfen hat, dass etliche konservative Wähler ihnen gefolgt sind.

6. Der „Glaubensfaktor“ bei der Wahl

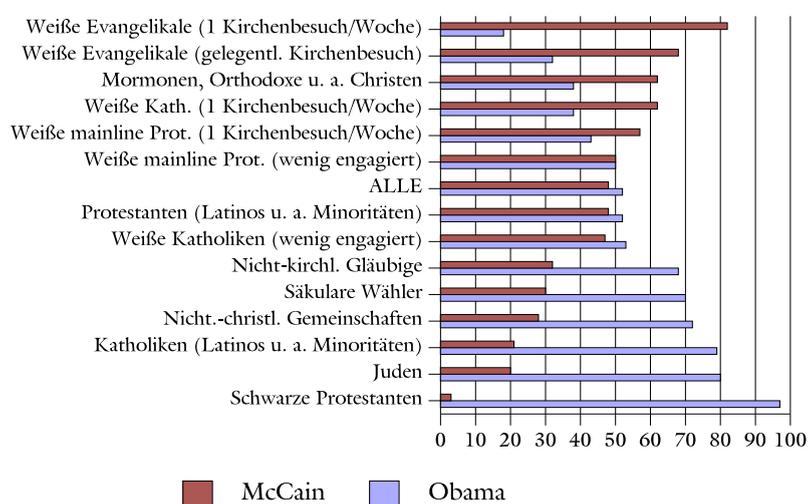
Zunächst gilt es festzustellen, wie die religiöse Landkarte der gesamten Wählerschaft aussieht. Dazu kann folgende Tabelle hilfreich sein:

	Wahl 2000	Wahl 2004	Wahl 2008
Protestanten, insges.	54,00 %	54,00 %	54,00 %
Weißer Protestanten	45,00 %	41,00 %	42,00 %
Evangelikal = Wiedergeborene	Keine Daten verfügbar	20,00 %	23,00 %
Katholiken, insges.	26,00 %	27,00 %	27,00 %
Weißer Katholiken	21,00 %	20,00 %	19,00 %
Juden	4,00 %	3,00 %	2,00 %
Andere Gemeinschaften	6,00 %	7,00 %	6,00 %
Nicht-gebunden	9,00 %	10,00 %	12,00 %
Kirchenbesuch mehr als einmal pro Woche	14,00 %	16,00 %	12,00 %
einmal pro Woche	28,00 %	26,00 %	27,00 %
mehrmals pro Monat	14,00 %	14,00 %	15,00 %
mehrmals pro Jahr	28,00 %	28,00 %	28,00 %
nie	14,00 %	15,00 %	16,00 %

Quelle: National Exit Polls 2008, 2004, 2000; 2008 MSNBC.com.

Vergleicht man die Zahlen miteinander, dann fällt auf, dass die religiöse Zusammensetzung der Wählerschaft keinen großen Schwankungen unterliegt. Der Anteil der Protestanten und Katholiken liegt bei 54 % bzw. 27 %. Die Zahl der religiösen Wähler, die sich als nicht-gebunden verstehen, ist zwischen 2004 und 2008 um 2 % gestiegen. Die weißen Evangelikalen kamen im Jahre 2008 auf 23 %, was gegenüber 2004 ein Anstieg um 3 % bedeutet. Wähler,

die mehr als einmal pro Woche eine Kirche besuchen, sind gegenüber 2004 um 4 % zurückgegangen. Die Differenzierung der Wähler nach Kirchenbesuch ist wichtig, weil sich zeigt, dass der Kirchenbesuch und das Wahlverhalten sowohl bei Katholiken als auch bei Protestanten eng zusammengehören. Das geht aus folgendem Diagramm bzw. aus der zweiten Hälfte der auf S. 164 abgebildeten Tabelle hervor:



Weißer Wähler, die einer Mainline Kirche angehören, aber nicht zu den regelmäßigen Kirchenbesuchern zählen, sind genau zur Hälfte zwischen Obama und McCain gespalten. Wenn Wähler aus derselben Gruppe dagegen einmal pro Woche ihre Kirche besuchen, steigt der Anteil der Wähler für McCain merklich an, nämlich um 7 %. Entsprechend fällt die Unterstützung für Obama. Bei weißen Katholiken, Mormonen, Orthodoxen u. a. ist der Unterschied noch ausgeprägter: Nur noch 38 % gaben ihre Stimme Obama, während 62 % für McCain votierten.

Religion	Obama	McCain
Schwarze Protestanten	97,00	3,00
Juden	80,00	20,00
Katholiken (Latinos u. a. Minoritäten)	79,00	21,00
Nicht-christl. Gemeinschaften	72,00	28,00
Säkulare Wähler	70,00	30,00
Nicht-kirchl. Gläubige	68,00	32,00
Weißer Katholiken (wenig engagiert)	53,00	47,00
Protestanten (Latinos u. a. Minderheiten)	52,00	48,00
ALLE	52,00	48,00
Weißer mainline Protestanten (wenig engagiert)	50,00	50,00
Weißer mainline Protestanten (1 Kirchenbesuch/Woche)	43,00	57,00
Weißer Katholiken (1 Kirchenbesuch/Woche)	38,00	62,00
Mormonen, Orthodoxe u. a. Christen	38,00	62,00
Weißer Evangelikale (gelegentl. Kirchenbesuch)	32,00	68,00
Weißer Evangelikale (1 Kirchenbesuch/Woche)	18,00	82,00

Quelle: The Pew Forum on Religion and Public Life: A Post-Election Look at Religious Voters in the 2008 Election, December 8, 2008. www.pewforum.org/events/?EventID=209. Alle Angaben in %. Abruf 14.2.2009.

Bei den weißen Katholiken, die einmal pro Woche ihre Kirche besuchen, dürfte die Unterstützung darauf zurückzuführen sein, dass etliche Bischöfe verlauten ließen, es sei „Sünde“, Obama zu wählen, weil dieser ein „pro-choice“ Anhänger sei, also für die Rechte der Frauen eintrete, notfalls eine Schwangerschaft abzubrechen²². Unter weißen Katholiken hingegen, die nicht zu den regelmäßigen Gottesdienstbesuchern zählen, gaben 53 % ihre Stimme für Obama.

Am ausgeprägtesten ist die Unterstützung für McCain bei Wählern, die sich selbst als „evangelikal“ einstufen. Hier liegt der Anteil der McCain-Wähler bei solchen, die gelegentlich die Gottesdienste besuchen, schon bei 68 %, und erhöht sich bei denen, die mindestens einmal pro Woche ihre Kirche aufsuchen, auf stolze 82 %, während nur 18 % Obama wählten. Es ist sehr deutlich, dass eine konservative religiöse Haltung und regelmäßiger Kirchenbesuch mit einer konservativen politischen Haltung Hand in Hand gehen. Deutlich ist auch, dass unter den Katholiken ethnische Faktoren eine große Rolle spielen: Latinos (in den USA „Hispanics“ genannt) und andere ethnische Minderheiten aus dem katholischen Spektrum votierten zu 79 % für Obama und nur zu 21 % für McCain. Hier scheint die soziale Stellung bei der Wahlentscheidung wichtiger zu sein als der religiöse Faktor: Man verspricht sich offenbar von Obama eine soziale Aufwertung. Die Zahlen fallen bei der protestantischen Vergleichsgruppe bei weitem nicht so auseinander, weil Obama mit 52 % nur knapp die Mehrheit erringen konnte. Es scheint, als sei die soziale Integration der zahlenmäßig viel kleineren protestantischen ethnischen Minderheiten eher gelungen. Erstaunlich ist der mit 80 % hohe Anteil der Juden für Obama.

22 Erzbischof Raymond Burke, der bis zu seiner Berufung zum Präfekten der Apostolischen Signatur durch Papst Benedikt XVI. im Juni 2008 an der Spitze der Erzdiözese St. Louis stand, ließ von Rom aus verlauten, die Demokratische Partei riskiere es gegenwärtig, sich wegen Fragen der Bioethik und des Schwangerschaftsabbruchs definitiv in eine „Partei des Todes“ zu verwandeln.

Wenig überraschend ist die geschlossene Haltung der Afro-Amerikaner für „ihren“ Kandidaten. Was Jesse Jackson bei Vorwahlen nicht gelungen war, nämlich nicht nur die Schwarzen, sondern auch weiße Wähler in großer Zahl auf seine Seite zu ziehen, war Obama in den Vorwahl-Kämpfen gegen Hillary Clinton gelungen. Jetzt wollten die Afro-Amerikaner sicher stellen, dass einer der Ihren das Weiße Haus erobern sollte, so dass sich auch ein Anstieg der registrierten schwarzen Wähler beobachten ließ²³, die geschlossen Obama unterstützten. Diese Unterstützung wirkt noch deutlicher, wenn man sich die Tatsache vor Augen hält, dass afro-amerikanische Wähler durchaus zu differenzieren wussten, weil sie dazu beitrugen, dass beispielsweise in Kalifornien die Bestimmungen für eine gleichgeschlechtliche Ehe durch Volksentscheid aufgehoben wurde²⁴. Eine eher traditionelle Haltung bei der einen Entscheidung kann sich also durchaus mit dem Votum für Obama vertragen.

Wenn man die Veränderungen gegenüber den Wahlen von 2004 verfolgen will, ist nachfolgende Tabelle hilfreich, wenngleich nicht alle Kategorien²⁵ übereinstimmen:

23 Weil es in den USA keine Einwohnermeldeämter gibt, können auch die Wählerinnen und Wähler nicht, wie bei uns, automatisch benachrichtigt und zur Wahl aufgefordert werden. Vielmehr müssen sich die Wahlberechtigten vor den Wahlen registrieren lassen und können dabei auch ihre Parteipräferenz angeben. Hinter dem Namen wird dann entweder ein R für Republikaner oder ein D für Demokraten gesetzt. Wenn eine Person das nicht wünscht, kann sie ein DS anfügen (= „decline to state“).

24 Ob dieser Entscheid in Kraft treten wird, ist derzeit noch unsicher, weil sich Gerichte damit befassen müssen. Es wird u. a. damit argumentiert, dass die Mormonen sich stark eingesetzt und dadurch das Trennungsgebot von Staat und Kirche nicht beachtet hätten.

25 Es ist auch nirgendwo gesagt, welche Maßstäbe für die Kategorien angelegt wurden, also z. B. warum Mormonen, Orthodoxe u. a. Christen in eine Spalte kommen, wer sich hinter „nicht-kirchlichen Gläubigen“ verbirgt oder wie Evangelikale definiert werden. Als „wenig engagiert“ gelten Menschen, die nicht regelmäßig sonntags die Gottesdienste besuchen. In der Tabelle für 2004 sind Juden nicht gesondert geführt; vermutlich sind sie bei „nicht-christlichen Gemeinschaften“ subsumiert.

	Kerry	Bush	Veränderungen 2004/08
Schwarze Protestanten	90	10	7
Säkulare Menschen	78,00	22,00	-8
Nicht-christliche Gemeinschaften	70,00	30,00	2
Schwarze Protestanten	90,00	10,00	7
Säkulare Menschen	78,00	22,00	-8
Nicht-christliche Gemeinschaften	70,00	30,00	2
Nicht-kirchl. Gläubige	63,00	37,00	5
Katholische Latinos u. a. Minderheiten	58,00	42,00	21
Weißer Katholiken (wenig engagiert)	51,00	49,00	2
Weißer mainline Protestanten (wenig engagiert)	50,00	50,00	Keine
ALLE	49,00	51,00	3
Protestant. Latinos u. a. Minderheiten	47,00	53,00	5
Weißer Katholiken (1 Kirchenbesuch / Woche)	41,00	59,00	3
Weißer mainline Protestanten (1 Kirchenbesuch / Woche)	40,00	60,00	3
Weißer Evangelikale (gelegentl. Kirchenbesuch)	37,00	63,00	-5
Mormonen, Orthodoxe u. a. Christen	31,00	69,00	7
Weißer Evangelikale (1 Kirchenbesuch / Woche)	17,00	83,00	1

Quelle: The Pew Forum, wie oben. Alle Angaben in %.

Der Vergleich zeigt, dass die demokratische Partei mit ihrem Spitzenmann Obama bei fast allen religiösen Gruppen zulegen konnte, wenn auch im Allgemeinen nur moderat. Umso deutlicher fällt die Zunahme bei den katholischen Latinos und anderen Minderheiten auf. Obwohl Kerry katholisch ist, hatten sie ihn wahrscheinlich abgelehnt, weil er ihnen zu reich erschien. Auffallend ist auch, dass Obama bei den „säkularen“ Menschen und den weißen Evangelikalen mit geringem Kirchenbesuch Einbußen hinnehmen musste. Die Zunahme bei den engagierten Evangelikalen fällt mit nur 1 % sehr gering aus, ist aber wohl auf die oben genannten Personen und ihre Aktivitäten zurückzuführen. Es wird auch darüber spekuliert, dass die jüngeren „Evangelikalen“ eher Obama statt McCain zugeneigt hätten, was sich aus den hier vorliegenden Daten nicht erschließen lässt. Als McCain die Gouverneurin von Alaska als seine Kandidatin für das Vizepräsidentenamt präsentierte, tat er dies im Blick auf die evangelikalen und fundamentalistischen Wählergruppen, die anfänglich auch nicht abgeneigt schienen, ihn dafür zu belohnen. Im Verlauf des Wahlkampfes scheinen aber einigen Evangelikalen doch die Naivität und die mangelnde Erfahrung aufgefallen zu sein, so dass sich insgesamt Sarah Palin als Bumerang für McCain entpuppte.

Der Glaubensfaktor hat, wie der Vergleich 2004/2008 zeigt, keine großen Verschiebungen bewirkt, aber doch solche Veränderungen, die sich signifikant auf die Wahl ausgewirkt haben. Man muss die Frage des Glaubensfaktors im Zusammenhang der Wahl insgesamt sehen. Dann zeigt sich, dass die Veränderungen sich bei nur wenigen Prozentpunkten bewegen. John Kerry erhielt 49 %, während Obama 53 % der Wählerstimmen auf sich vereinigen konnte. Man muss freilich diese 4 % in dem amerikanischen Wahlsystem zuordnen, das zum einen ein reines Mehrheitswahlrecht ist und zum anderen den Präsidenten nicht direkt, sondern indirekt über ein Wahlmännerkollegium („electoral college“) wählen lässt. Dieses Gremium setzt sich aus Vertretern der einzelnen Staaten zusammen, deren Zahl von der Zahl der Einwohner abhängt: Je mehr Einwohner ein Staat hat, umso mehr Wahlmänner erhält er, die dann infolge des Mehrheitswahlrechts auf einen Kandidaten festgelegt sind. Der Wahlkampf konzentriert sich infolgedessen auf die bevölkerungsreichen Staaten. Obama hat zwar „nur“ 53 % der

Wählerstimmen erhalten, aber konnte eine solide Mehrheit, 365 zu 173 Wahlmännerstimmen, im „electoral college“ für sich verbuchen, so dass er 45 Jahre nach der markanten und viel zitierten Rede von Martin Luther King „I Have a Dream“ zum 44. Präsidenten der USA gewählt wurde. Die Wahl wurde von vielen Kommentatoren als „historisch“ bezeichnet, was sicher richtig ist. Sie markiert einen Wendepunkt in der politischen Kultur der USA.

Dass ausgerechnet die evangelikalen und fundamentalistischen „Wertewähler“ in ihrer starren Fixiertheit auf wenige Themen diese Wende verpasst haben, liegt eindeutig an ihrer eingeschränkten und damit ideologischen Wahrnehmung der Wirklichkeit. Wieso Kriege, Folter und andere grausame Methoden, Geschäftemacherei in einem deregulierten Kapitalismus, illegales Anzapfen von Telefonen, mangelnde oder gar keine Umweltpolitik sowie eine Flut von Skandalen in der Regierungsmannschaft Bushs als „Werte“ wahrgenommen werden können, erscheint einem Betrachter von Außen als völlig unbegreiflich. Lässt es sich damit erklären, dass es die Sprecher eines ideologisch-aufgeladenen Christentums verstanden haben, Ängste zu schüren? Dass man „Unwerte“ in „Werte“ verwandelt, ließe dann auf eine äußerst erfolgreiche PR-Kampagne hinaus.

7. Die Rede Obamas anlässlich seiner Einführung am 20. Januar 2009

Der Text der Inaugurationsrede beginnt mit der knappsten aller möglichen Dankesworte an den Vorgänger: „I thank President Bush for his service.“ Er wartet würde man zumindest ein Adjektiv wie „outstanding“ oder „selfless“, wie es amerikanischer Tradition und dem Einfluss der Superlative aus der Reklamesprache entspricht. Dass Obama all dies vermeidet, weist in eine bestimmte Richtung, die im Folgenden immer deutlicher zur Sprache kommt. So setzt er Amerika mit „we the people“ gleich und kontrastiert dies mit denen, die bisher „in high office“ waren und deren Fähigkeit und Vision nicht ausreichten, Amerika vor einer tiefen Krise zu bewahren. Was dagegen Amerika in Gang hält, sind „we the people“, zu denen sich der Redner selbst hinzurechnet, die sich treu gegenüber den Idealen der Vorfahren und gegenüber den Gründungsdokumenten der USA

verhalten. „So war es stets. Und so muss es auch in dieser Generation wieder sein.“ Die von allen verstandene Krise ist indes nicht nur durch statistische Daten nachweisbar; viel wichtiger ist der tiefe Vertrauensschwund im gesamten Land. Darum spricht er Amerika direkt an: „know this, America“, und versichert allen Bürgerinnen und Bürgern, sich den Herausforderungen zu stellen. Die nächsten kurzen Absätze kann man nur verstehen als heftige Kritik an der Amtsführung seines Vorgängers. Dieser hatte mit „Angst“, „Konflikten“, „Zwiespalt“, „engstirniger Kleinkrämerei“, „falschen Versprechungen“ und „längst ausgedienten Dogmen“ die Politik stranguliert. Dagegen setzt der Redner „Hoffnung“ und „Einigkeit in der Zielvorstellung“. Zwar sind die USA noch eine „junge Nation“, doch kommt es jetzt darauf an, gemäß den Anweisungen des Apostels Paulus im 13. Kapitel des 1. Briefes an die Korinther, dem „Hohenlied der Liebe“, das Kindliche abzulegen (1. Kor. 13, 11). Was setzt Obama an die Stelle des bislang tonangebenden Unreife-Kindlichen? Die Antwort heißt, den Geist der Beständigkeit zu erneuern und die besseren Seiten der Geschichte zu wählen. Dies sieht er verkörpert in der „edlen Idee“, dass alle Menschen gleich und frei sind und ein Anrecht besitzen, glücklich zu werden²⁶. Die Größe der USA sei keine selbstverständliche Gegebenheit, sondern müsse stets auf dieser Grundlage neu erarbeitet werden. Dies komme einer Reise gleich. Dabei muss man beachten, dass das englische Wort „journey“ an dieser und der folgenden Stelle mit religiösen Ober- oder Untertönen versehen ist, was man im Deutschen am ehesten mit dem altertümlichen Wort „Pilgerreise“ wieder geben kann. Diese Reise können nach Überzeugung Obamas Halbherzige nicht bestehen, sondern sie erfordert traditionelle Tugenden wie Fleiß, Risikobereitschaft und Opfer, und diese Reise geht mit dieser Inauguration weiter, weil der neue Präsident nicht stur bleiben, keine Interessengruppen protektionieren und unerfreuliche Ent-

²⁶ In der Unabhängigkeitserklärung heißt es: „We hold these truths to be self-evident, that all men are created equal, that they are endowed by their Creator with certain unalienable Rights, that among these are Life, Liberty and the pursuit of Happiness.“

scheidungen nicht auf die lange Bank schieben will²⁷. Heute müsse sich die Nation deshalb aufraffen und Amerika neu gestalten. Überall gebe es viel zu tun. Der Präsident will die Wirtschaft schnell in Gang bringen, möchte der Wissenschaft wieder ihren angestammten Platz zuweisen²⁸ und dadurch die Gesundheitsfürsorge verbessern und verbilligen. Außerdem will er, dass erneuerbare Energien zur Anwendung kommen. Zyniker haben gemäß der Ansicht Obamas keine Chance mehr. Ob die Regierung für die Aufgaben zu groß oder zu klein sei, stehe nicht zur Diskussion, sondern ob sie sachgerecht funktioniere. Sie müsse auch gegenüber den Bürgern rechenschaftspflichtig sein, weil sie nicht im Verborgenen, sondern „im Licht des Tages“ arbeiten solle. Diese Passage der Rede hat wieder religiöse Anklänge, weil „Licht“, wie in vielen biblischen Bezügen, im Gegensatz zum „Verborgenen“ gebraucht wird (vgl. z. B. 1. Thess. 5,5) und dann „Licht“ mit der Verantwortlichkeit und Rechenschaftspflicht der Regierenden gegenüber dem Volk, auch was die Steuergelder anbetrifft, identifiziert wird. Nur so kann das Vertrauensverhältnis zwischen Regierenden und Regierten wieder hergestellt werden. Auf derselben Linie liegt seine Bewertung des Marktes, der weder mit den Etiketten gut oder böse zutreffend beschrieben wird, sondern dadurch, wie die Krise mit dem Ziel bewältigt wird, dem Gemeinwohl („common good“) zu dienen und es zu fördern. In der Verteidigungspolitik weist er die falsche Wahl zwischen Sicherheit oder den historischen Idealen zurück²⁹. Gegen Willkür setzt er die Herrschaft des Gesetzes und die Menschenrechte und versichert, dass Amerika ein Freund jeder Nation, ja aller Menschen sei, die eine Zukunft in Frieden und Würde suchen. Zugleich bekräftigt er, dass die USA hier wieder eine Führungsrolle übernehmen wolle. Dies ist ebenso gegen die Vorgängerregierung gesagt, wie die folgenden Sätze, die betonen, dass Macht allein nicht schützen kann, schon gar nicht unilateral ausgeübte Macht. Sie müsse

27 Dies alles ist eine mehr als nur indirekte Kritik an der Amtsführung seines Vorgängers.

28 Auch dies ist eine Kritik an Bush, der wiederholt die Veröffentlichung von Ergebnissen wissenschaftlicher Untersuchungen untersagt hatte.

29 Die Argumentation der Bush-Regierung lief immer darauf hinaus, dass Sicherheit allem anderen vor- und übergeordnet sei.

vielmehr durch weisen Einsatz wachsen, so dass die Sicherheit aus einer gerechten Ursache, dem Vorbildcharakter sowie dem mäßigen Einfluss von Bescheidenheit und Zurückhaltung erwachse. Auf diesen Grundlagen soll dann ein verantwortungsvoller Rückzug aus dem Irak erfolgen, ein Frieden³⁰ in Afghanistan erreicht und neue Anstrengungen zur nuklearen Abrüstung sowie zur Bekämpfung der Erderwärmung unternommen werden. Den Feinden, die durch Terror und Ermordung Unschuldiger ihre Ziele erreichen wollen, hält er entgegen, dass diese Grundsätze sie besiegen werden. Die Vielzahl der Religionen, Kulturen und Sprachen, aus denen die USA erwachsen ist, bedeute nicht etwa Schwäche, sondern Stärke. Sogar aus dem dunklen Kapitel des Bürgerkrieges und der Rassentrennung seien die USA gestärkt hervorgegangen, so dass der Glaube begründet sei, dass eines Tages alter Hass vergehen werde. Hier finden sich Anklänge an die Bürgerrechtsbewegung mit ihrem Lied „We shall overcome – someday“. Deshalb kann Obama auch sagen, dass Amerika eine neue Friedensära einleiten sollte. Dies könne nur gelingen durch eine Öffnung gegenüber der muslimischen Welt in gegenseitigem Respekt. Damit soll die Bevölkerung der USA darauf vorbereitet werden, dass der Islam als Religion kein Feindbild mehr abgeben darf. Gleichzeitig ruft er den Regierenden in aller Welt zu, dass sie auf der falschen Seite der Geschichte stehen, wenn sie den Westen für alle Übel in ihren Gesellschaften verantwortlich machen oder sich durch Korruption, Betrug und das Zum-Schweigen-Bringen von Abweichlern an der Macht halten. In diesem Zusammenhang fällt der viel zitierte Satz: „Wir strecken euch die Hand entgegen, wenn ihr willig seid, eure Faust zu öffnen.“ Den armen Nationen verspricht er Hilfen und appelliert an die Reichen, ihre Indifferenz gegenüber den Leiden außerhalb ihrer Grenzen aufzugeben.

Für Obama ist wahrer Patriotismus mit Dienen verknüpft. Dann könnten die neuen Herausforderungen gemeistert werden, wenn sich die Nation zugleich auf die Werte besinne, auf denen der Erfolg beruhe. Die Werte, die jetzt angesprochen werden, sind „alte“ und „wahre“ Werte: harte Arbeit, Ehrlichkeit, Mut, Fairness, Toleranz, Neugier, Loyalität und Patriotismus. Zugleich bedürfe es einer

30 Obama spricht nicht vom „Sieg“, wie Bush.

Hinwendung zu den Pflichten, wenn eine neue Ära der Verantwortlichkeit eingeleitet werden solle. Die Pflichten gegenüber sich selbst, der Nation und der Welt sollten nicht zähneknirschend akzeptiert, sondern freudig angepackt werden, weil nichts den Geist so zufrieden stelle, wie wenn man alles an die Bewältigung einer schwierigen Aufgabe gewandt habe. Dies bezeichnet Obama als „Preis und Verheißung“ bürgerschaftlichen Verhaltens; zugleich benennt er als Quelle der Zuversicht das Wissen, dass Gott beruft, ein ungewisses Ziel zu gestalten. Diese Passage über die „alten“ und „wahren“ Werte ersetzt die von der Religiösen Rechten propagierten und von Bush sowie McCain und Palin verfochtenen „Familienwerte“³¹. Mit dem eingengten Blick auf die „Familienwerte“ lässt sich keine Nation regieren und lassen sich keine Probleme der Welt lösen. Der Appell an die freudige Erfüllung von Pflichten hat das Ziel, eine ungewisse Zukunft zu formen. Was hier mit „Zukunft“ wiedergegeben wird, heißt im Englischen „destiny“. Dieses Wort hatte im 19. Jahrhundert in Verbindung mit dem Adjektiv „manifest“ eine Schlüsselfunktion, um die Rolle der USA zu klären und zu beschreiben. Die USA waren wie die Stadt auf dem Berge (Matth. 5, 14), deren Licht (der Freiheit und Demokratie) den Völkern nicht verborgen bleiben kann. Das ist das klare und offenkundige Ziel, „manifest destiny“, der USA, das sie zu einem Zufluchtsort für Verfolgte macht und womit sie zugleich allen Nationen als Leuchtturm dient, damit auch diese den rechten Weg finden und an den Segnungen der Freiheit teilhaben. Die Religiöse Rechte hat an dieser Bestimmung der USA festgehalten, und Bushs zumindest rhetorische Rechtfertigung des Krieges im Irak war es, den Diktator zu stürzen, um die von allen Menschen ersehnte Freiheit und Demokratie zu verbreiten. Obama hingegen ersetzt das Wort „manifest“ durch „uncertain“. Das Ziel ist keineswegs für alle offenkundig, sondern ungewiss. Die Größe sei niemals eine „gegebene“ Selbstver-

31 Am eindrucklichsten kommt die Sicht der „Familienwerte“ in der im Jahre 2000 unter der Präsidentschaft des Fundamentalisten Paige Patterson revidierten Bekenntnisses der Südbaptisten, „Baptist Faith and Message“, zum Ausdruck, wo es heißt, die Frau habe „gracefully submissive to the servant leadership of her husband“ zu sein. Im Kontrast dazu sollte man zur Kenntnis nehmen, dass in keiner Denomination der USA die Scheidungsrate so hoch ist wie bei den Südbaptisten.

ständigkeit, sondern müsse stets neu erarbeitet werden. Nur so ergebe sich die Bedeutung von Freiheit. Auch sie ist nicht ein für allemal „gesetzt“, sondern bedarf des gewaltigen Einsatzes von Menschen, ohne die der Redner seine Rede nicht hätte vollbringen können. Er erinnert daran, dass sein Vater vor weniger als sechzig Jahren noch in einem Restaurant wegen seiner Hautfarbe hätte diskriminiert werden dürfen. Deshalb sei jede Generation neu aufgerufen, die Gabe der Freiheit zu erobern und an die nächste Generation weiter zu geben. Die Kindeskindern sollten es weiter sagen, dass diese jetzt lebende Generation die Pilgerreise nicht abgebrochen habe. Das Ziel sei zwar ungewiss, aber die Augen sollten auf den Horizont fixiert bleiben, um mit Gottes Hilfe die Freiheit sicher weiter zu reichen. Die Rede ist in den Medien, nicht zuletzt in den deutschen Medien, oft als „messianisch“ bezeichnet worden. Obama selbst gilt vielen Medienvertretern als neuer „Messias“. Nichts aber könnte falscher sein, als dies Obama zu unterstellen. Vielmehr war es Präsident Bush, der sich mit den Worten „Wer nicht für uns ist, ist gegen uns“ die messianische Rolle anmaßte³². Obama ist aus anderem Holz geschnitzt. Er meint es ernst, wenn er die Regierung als Regierung des Volks und nicht als Beschützer der Reichen oder der Interessengruppen definiert. Die Regierung soll wieder „of the people, by the people and for the people“ sein, wie es amerikanischer Tradition entspricht, und nicht „of the few, by the few and for the few“. Die Rede macht auch klar, dass er sich in das Volk eingebunden sieht; er ist Teil des Volkes, das die wahren Werte verkörpert und das er aufruft, sich dem gemeinen Wohl verpflichtet zu sehen. George Lakoff, Professor für Cognitive Wissenschaft und Linguistik an der University of California at Berkeley hat aufgrund der Reden Obamas einen „Obama Code“ herausgearbeitet. „Code“ kann sich auf ein System der Kommunikation oder auf ein moralisches System beziehen. Nach Meinung Lakoffs habe Präsident Obama beides integriert: „The Obama Code is both moral and linguistic at once.“ Der Präsident gebrauche seine enormen Fähigkeiten als Kommunikator, um ein moralisches System zu transportieren. Daher komme Obama zu der Überzeugung, dass Haushaltspläne „moralische

32 Vgl. oben Anm. 7.

Dokumente“ seien: „His economic program is tied to his moral system and is discussed in the Code“³³.

8. Ausblick: Erste Handlungen Obamas

Wenige Tage nach seiner Amtseinführung wurde im Kongress ein Gesetz verabschiedet, das vier Millionen Kindern Zugang zur Krankenversicherung eröffnet. Es wurde von Obama sofort unterschrieben. Bush hatte gegen dieses Gesetz zweimal sein Veto eingelegt und dadurch unter Beweis gestellt, was die Rede von den „Familienwerten“ tatsächlich wert ist.

8.1 White House Office for Faith-Based and Neighborhood Partnerships

Obama hat außerdem bereits am 5. Februar 2009 ein Amt, das sein Vorgänger direkt nach seiner ersten Amtseinführung im Januar 2001 im Weißen Haus angegliedert hatte, neu strukturiert. Bush nannte das Amt „Office of Faith-based and Community Initiatives“³⁴. Es war eingerichtet worden, damit auch Kirchen oder andere religiöse Organisationen, die soziale Dienste anbieten, in den Genuss von Bundesmitteln kommen können, was ansonsten wegen der strikten Trennung von Staat und Kirche nicht möglich ist. Das Amt war von Anfang an umstritten und wurde nie vom Kongress legitimiert. Die Kritiker führten immer wieder das Trennungsgebot an. Dennoch spricht einiges für das Amt, was der erste, kurzlebige Direktor John J. DeIulio auf die Formel brachte „Überlasst die Innenstädte den Kirchen“. Das bedeutet, dass im Umgang mit innerstädtischer Armut, den Obdachlosen und anderen Problembereichen keine anderen Organisationen über so viele Erfahrungen verfügen wie die Kirchen. Allerdings wurde das Amt unter der Bush-Administration für einseitig politische Aufgaben der Republikanischen Partei missbraucht. Das Amt hat jährlich etwa \$ 2 Milliarden ausgegeben. Präsident Obama hat es jetzt neu geordnet und das „White House Office for Faith-Based and Neighborhood Partnerships“ bei dem jährlichen Gebetsfrühstück

³³ www.truthout.org/022409R vom 25.2.2009. Dort nähere Begründungen und eine Auflistung des Code.

³⁴ Vgl. dazu *Geldbach*, Land (wie Anm. 6), 22–26.

vorgestellt. Die Befürworter einer strikten Trennung von Staat und Kirche sind weiterhin dagegen, doch hatte Obama im Wahlkampf versichert, dass die Kirchen und religiösen Organisationen, wenn sie Geld vom Staat annehmen, nicht ihre eigenen Auswahlkriterien an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anlegen dürfen, was dann z. B. eine Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung ausschließen muss. Außerdem darf es keine Bevorzugung oder Benachteiligung einzelner Organisationen geben, wie es in der Vergangenheit der Fall war, weil nach Aussagen ehemaliger Gutachter die Anträge nicht-christlicher Gruppen sofort ausgeschlossen wurden. Neuer Leiter des Amtes ist der 26jährige Pastor der Pfingstkirche, Joshua DuBois, der bereits für Senator Obama gearbeitet hatte und der während des Wahlkampfes in über 1.000 Veranstaltungen den Kontakt des Wahlkampfteams zu Kirchen, Glaubensgemeinschaften und anderen religiösen Organisationen hielt. DuBois hat an der Princeton University einen Magistergrad in „Public Affairs“ erworben und gilt als fähiger Organisator³⁵.

8.2 Bipartisanship

Aus nicht ganz nachvollziehbaren Gründen hatte Obama und sein Übergangsteam entschieden, den bisherigen Verteidigungsminister Robert Gates in seinem Amt zu belassen. Zwei mögliche Beweggründe könnten ausschlaggebend gewesen sein: Einmal wollte Obama, wie im Wahlkampf angekündigt und in seiner Antrittsrede versprochen, einen geordneten Rückzug der amerikanischen Truppen aus dem Irak bewerkstelligen. Dafür schien es wichtig, den bisherigen Minister beizubehalten, um für alle deutlich zu machen, dass die alte Administration für das Desaster verantwortlich ist und nun auch in Gestalt von Gates den Rückzug organisieren muss. Zum anderen sollte damit ein Zeichen gesetzt werden, dass es Obama nicht um Parteipolitik geht, sondern dass er das verwirklichen will, was man in den USA „bipartisanship“ nennt, also eine Politik, die nicht entlang der Parteigrenzen verläuft, sondern die einen möglichst großen Konsens zu erreichen sucht. Man geht wohl nicht fehl,

³⁵ E-Mail Pressemitteilung von Derek H. Davis, J. D., Ph. D., Director, Center for Religious Liberty, University of Mary Hardin-Baylor: „President Obama Creates New Office of Faith-based and Neighborhood Partnerships.“

wenn man das Streben nach einem Konsens in der amerikanischen Kirchengeschichte verankert sieht. In vielen Denominationen wird nicht von oben nach unten entschieden, sondern durch einen umfangreichen Prozess von Beratungen in Ausschüssen nach Lösungsmöglichkeiten gesucht. Der berühmte Satz, man vertrete ein „agreement to disagree agreeably“ steht erst ganz am Ende eines Entscheidungsfindungsprozesses. Das soll bei Obama offenbar auf den Bereich der Politik umgesetzt werden, weil es ihm um Werte geht, die allen einleuchten müssen. Dieser Versuch, bei dringend notwendigen Gesetzen Koalitionen jenseits der Parteigrenzen zu schmieden, scheiterte im ersten Anlauf an den Republikanern, die sich ihm bei seinem Rettungspaket für die Wirtschaft geschlossen entgegenstemmten. Dass er dennoch das mit fast 8 Milliarden Dollar umfangreichste Unterstützungsprogramm zur Ankurbelung der Wirtschaft, was es je gab, über die parlamentarischen Hürden brachte, zeigt die Machtverschiebung, die mit den Wahlen im November 2008 sich vollzogen haben. Der vor ihm liegende Weg wird indes nicht immer so leicht sein, wie es in den ersten Wochen erschien.

8.3 Gegenwind von religiösen Kräften

Nicht nur die Republikanern, sondern auch religiöse Kräfte werden sich gegen Obama stellen. Das zeichnet sich deutlich an zwei Fronten ab.

8.3.1 Die fundamentalistische Gegenwehr

Von der Religiösen Rechten, die Obama in Gestalt der fundamentalistischen und evangelikalen Wähler in großen Scharen die Gefolgschaft verweigerte, wird ihm der Wind entgegen blasen. Charles („Chuck“) Colson, der in die Watergate Affäre um Präsident Richard Nixon verstrickt und zu Gefängnis verurteilt worden war, äußerte sich als erster und bisher einziger öffentlich. Im Gefängnis hatte er sich zum Christentum bekehrt und leitet seither eine Organisation, Prison Fellowship. Am 5. Februar konnte man in der von Billy Graham gegründeten Zeitschrift *Christianity Today* unter der Überschrift „Political Exile. A strategy for social conservatives in a socially liberal era“ einen Artikel lesen. Von Strategie ist in den wenigen

Zeilen nicht viel zu lesen, aber bereits die ersten beiden Wörter der Überschrift machen stutzig: Durch die Wahl Obamas fühlen sich die „sozial Konservativen“ im politischen Exil. Sie sind mit der Wahl in eine, für sie neue Ära katapultiert worden, die mit dem Stichwort „liberal“ gekennzeichnet wird. Sowohl dieses Wort als auch die ersten Sätze zeigen die Frontstellung, die bisher den Kulturkampf bestimmt haben: „Zum ersten Mal in drei Jahrzehnten finden sich die sozial konservativen Christen in einer dramatisch veränderten politischen Umgebung – außerhalb, in der Kälte. [Wir haben] keinen leichten Zugang mehr zum Weißen Haus oder zu mächtigen Freunden im Kongress. Wie reagieren wir auf diese ungewohnte Rolle?“ Auch diese Sätze unterstreichen den politischen Wandel. Sie lassen aber auch erkennen, welche Möglichkeiten der Einflussnahme sich die Religiöse Rechte erarbeitet hatte. Jetzt aber fühlen sie sich nicht mehr zu Hause, sondern „exiliert“ und in der „Kälte“. Die Gründe sind ebenso vielsagend wie kennzeichnend: Heute, sagt Colson, seien Präsident und Kongress nicht nur für Abtreibung, sondern auch für ein Ernstnehmen der sexuellen Orientierung, was gerade bei der Vergabe von Mitteln an religiöse Anbieter von Sozialleistungen eine Bedrohung der Religionsfreiheit darstelle. Hier zeigt sich wieder der gewohnte, verengte Blick der Religiösen Rechten. Der Maßstab für eine Beurteilung der Obama-Regierung und für ihre eigene Stellung ist vor allen anderen Dingen die Frage der Abtreibung und der sexuellen Orientierung. Der „Kulturkampf“ wird also weitergehen, nur dass diesmal die Kulturkämpfer aus der „Kälte“ kämpfen. Aber das wird sie wohl dazu bringen, die Reihen zu schließen, um gegen einen frommen Präsidenten Barack Hussein Obama und seine Regierung von hoher Expertenqualität ihre Angriffe zu führen.

8.3.2 Die römisch-katholische Kirche

Eine eigenartige Stellung nimmt die römisch-katholische Kirche in diesem Zusammenhang ein. Auf der einen Seite stehen die Minderheiten, die überwiegend Obama gewählt haben; auf der anderen Seite die regelmäßigen weißen Kirchgänger, die wohl in großem Maße auf die Warnungen etlicher Bischöfe vor einem Befürworter

der Frauenrechte, insbesondere des Rechts auf Abtreibung, gehört haben. Der Vatikan ist nicht müde geworden, immer wieder vor der Abtreibung zu warnen und tut dies mit dem Hinweis, dass Katholiken keine „Kultur des Todes“ fördern dürfen. In der römisch-katholischen Kirche der USA hatte es traditionellerweise immer auch eine starke Gruppierung gegeben, die an einer Verbesserung des Schicksals der Arbeiter großen Anteil hatten und die Gewerkschaften stärkten. Der natürliche Arm dieser Katholiken war und ist die Demokratische Partei. Der jetzige Vizepräsident Joe Biden ist ein gutes Beispiel. Damit geraten diese Katholiken in einen Zwiespalt. Sie möchten gute Katholiken sein, vertreten aber in der Abtreibungsfrage eine von der offiziellen Vatikan-Politik abweichende Meinung und laufen Gefahr, dass ihnen die Kommunion verweigert wird. Am 18. Februar 2009 musste die Speaker of the House of Representatives, also die Sprecherin des Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, die Erfahrung machen, dass der Vatikan hart mit „Ungehorsamen“ umgeht. Sie gehört der Mehrheitsfraktion, d. h. der Demokratischen Partei an und beschreibt sich selbst als „eifrige Katholikin“, die regelmäßig zur Messe geht. Ihre Funktion ist etwa der des Präsidenten des Bundestags vergleichbar. In der protokollarischen Rangfolge steht sie hinter Präsident und Vizepräsident und gehört somit zu den ranghöchsten Repräsentanten der USA. Sie war zu einer als „privat“ gekennzeichneten Audienz bei Papst Benedikt XVI. Von der Audienz durfte kein Bild veröffentlicht werden, und entgegen allen diplomatischen Gepflogenheiten nutzte der Heilige Stuhl die Gelegenheit, in einer offiziellen Verlautbarung den Inhalt des Gesprächs zwischen dem Papst und seiner Besucherin mitzuteilen. Amerikanische Medien interpretierten diese Stellungnahme als eine „Abkanzelung“ der Sprecherin, weil diese sich im Wahlkampf dahingehend geäußert hatte, dass die Frage, wann das Leben beginnt, in der Kirche nicht eindeutig sei und in der Geschichte unter den „Doktoren der Kirche“ verschiedene Antworten gefunden habe. Ihr eigenes Kommuniqué der Begegnung mit dem Papst liest sich völlig anders, so dass man bei einem Vergleich beider Verlautbarungen nicht den Eindruck bekommen kann, es handele sich um die Beschreibung desselben Ereignisses. Zu ihrer Delegation gehörte die demokratische Abgeordnete Rosa DeLauro aus dem Bundesstaat Connecticut,

die sich nicht nur darum bemüht, unter den katholischen Demokraten im Repräsentantenhaus Spielraum dafür zu schaffen, dass man in der Abtreibungsfrage eine andere Meinung als die offizielle Kirche vertreten könne, sondern die auch einen Brief an den Papst entwarf, der von fast 50 Mitgliedern unterzeichnet wurde und in dem um „Klarstellung“ gebeten wird, warum der Papst die Exkommunikation der schismatischen Bischöfe, darunter einem Leugner des Holocaust, zurückgenommen hat. Damit ist das Problem eindeutig angesprochen. Auch in der römischen Kirche gibt es Kräfte, die eine breite Palette politischer Fragen und Probleme nur unter dem Gesichtspunkt einer einzelnen Frage betrachten. Dass der Papst mit dieser Handlung den rechten Kräften des Kulturkampfes in die Hände spielt, ist offenkundig und erhält durch die Rehabilitierung der Bischöfe der Pius-Bruderschaft wenige Tage vor dem Gedenktag an die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz noch eine besondere Note. Dieses unnötige Hervorrufen einer vatikanischen Glaubwürdigkeitskrise bedeutet für die USA nichts anderes, als dass die römische Kirche in eine Front gegen die Regierung Obamas manövriert wird, was in einem eigenartigen Kontrast zu dem überaus freundlichen Empfang steht, den der Papst dem Vorgänger Obamas gewährte. Richard Neuhaus und Chuck Colson waren gute Freunde. Das heißt zu Deutsch und als Fazit: Die religiösen Kulturkämpfer werden sich mit allen Mitteln der fundamentalen Wende in den USA und der neuen moralischen Politik Präsident Obamas widersetzen.